

Liebe Mitbürger und Freunde der BI

Wer von Ihnen kurz vor Weihnachten, am 19. 12. 2012, an der letzten Stadtratssitzung teilgenommen hat, oder wer es am 20. 12. in der Presse verfolgt hat, konnte unseren großen Wunsch nach einem Neuanfang erkennen. Das Geschehen über die Feiertage lässt aber den Neuanfang mit vielen Zweifeln behaftet erscheinen. Der Wunsch von uns Bürgern und natürlich auch vom Vorstand der BI, mal abzuschalten und der Wunsch nach weihnachtlicher Einkehr und Frieden, wurde von der Gegenseite weidlich ausgenutzt. Die Umwandlung des ZAW in eine AöR wurde trotz vermeintlich nicht besetzten Amtsstuben regelrecht durchgeboxt. Leider sind die von uns Bürgern zur Stadtratssitzung und im Ministerbrief an Hr. Aikens geäußerten Befürchtungen viel schneller wahr geworden, als gedacht.

Ein Neuanfang war das nicht, wie es der MZ Redakteur, Andreas Richter, am 29. 12. 2012 in seinem Kommentar formuliert hat. Im Gegenteil: Wir, die Bürger, können wieder einmal das ganze Repertoire von Tricksen und Täuschen miterleben. Wurde noch beim Beschluss der AöR Satzung eine Ergänzung zum Zweck der Herstellung von Öffentlichkeit durch die Stadträte beschlossen, so erleben wir jetzt, wie wirkliche Öffentlichkeit verhindert wird. AöR Sitzungen sind nach neuer Satzung, gemäß §7, Abs. 1 öffentlich. Basis ist die Geschäftsordnung des Stadtrates. Darin ist unter §5, Abs. 3 der Sitzungsverlauf geregelt. Dieser sieht eine Bürgerfragestunde vor. Bereits in der ersten Sitzung wurde gegen diese Satzung verstoßen. Dies ist wahrlich kein guter Beginn und kein gutes Vorzeichen auf eine neue bürgerfreundliche Politik des neuen Verwaltungsrates und des Stadtoberhauptes von Weißenfels. Bürger und natürlich auch die Mitglieder der BI stehen vor der Frage, sollen wir uns als zum Schweigen Verurteilte dies antun, quasi als Deppen dabei zu sein und uns höhnischen Blicken von einigen Verwaltungsräten aussetzen. Wir werden im Einzelfall darüber entscheiden, auf jeden Fall wird unsererseits die Rechtmäßigkeit der 1. AöR Sitzung geprüft. Herrn Richter als Lokalredakteur wird auf jeden Fall empfohlen, seine Aussage bezüglich Neuanfang auf den Prüfstand zu stellen. Und noch eine Bemerkung zu personellen Neuanfang, der in Wirklichkeit keiner ist. Einige sich als Scharfmacher profilierende Personen bleiben uns erhalten, um Hr. Klitzschmüller (Linke), Hr. Dreyhaupt (SPD) und Hr. Rauner (CDU) zu nennen. Bis auf Hr. Dr. Heunisch (FDP) und Hr. Böckler (CDU) gibt es keinen wirklichen Neuzugang. Ob sie die Interessen der Bürger vertreten bleibt abzuwarten. Eins wird deutlich: die Wahlen zum Bundestag im September 2013 und die Kommunalwahl 2014 werfen ihre Schatten voraus. Dabei reagiert die CDU wie immer: Ihre radikalsten bürgerfeindlichen Vertreter, Hr. Stier (MdB) und Stadtrat Reimann bringen sich aus der

öffentlichen Schusslinie. Hr. Stier will wieder in den Bundestag und Hr. Reimann fühlt sich in der Stadtpolitik zu Höheren berufen. Vermasseln wir Ihnen die Tour, ihr Wirken im ZAW sollte allen Weißenfelsern fest in Erinnerung bleiben. Zum weiteren Ablauf sind wir auf die bisher veröffentlichten Infos von Stadtverwaltung und OBM angewiesen. Demnach erfolgt bis April 2012 die Erarbeitung und der Beschluss zu einer neuen Satzung über die Erhebung von HKB`s. Bis August soll dann die Prüfung von Einzelfällen und Flurstücken erfolgen. Ab September sollen dann die Bescheide erlassen werden. So der Ausblick, leider war kein Wort zum bisher erreichten zu vernehmen. Zum Beispiel zur in Aussicht gestellten flächenmäßigen Begrenzung übergroßer privater Wohngrundstücke, zu Möglichkeiten der Beitragsreduzierung usw. Dagegen steht immer noch die Drohung des Herrn Schuster von der Fa. Kommunalservice Hannover, es uns aufmüpfigen Bürgern mit noch höheren HKB`s heimzuzahlen. Leider gibt es seitens OBM keine Antwort auf die Anfrage im Stadtrat, ob diese Firma, die soviel Unfrieden in diese Stadt reingetragen hat, weiter ihre schändliche Arbeit in der AÖR fortsetzt.

Warten wir also die weitere Entwicklung nicht nur tatenlos ab, sondern schauen wir unseren Stadträten auf die Finger. Das Jahr 2014 ist schneller heran als man denkt und damit die Rechenschaftslegung über ihre Taten. Zum Abschluss noch ein Wort zur Vergärungsanlage Zorbau. Auch im kurz vor Sylvester veröffentlichten Amtsblatt des Landesverwaltungsamtes Halle ist kein Hinweis zu einer Fortsetzung des Erörterungstermins für den Bau einer Vergärungsanlage in Zorbau enthalten. Nach Rückfrage im Bauamt der Stadt Lützen, Frau Trettner, gibt es auch seitens der Verwaltung keinen Hinweis. Man geht von einer Absetzung des Verfahrens an diesem Standort aus, Herr Könnecke hat angewiesen dies amtlich zu recherchieren. Soviel bekannt ist, wäre Lützen im Gegensatz zu Weißenfels froh, wenn das Vorhaben in Zorbau scheitert. Es wäre vor allem ein Erfolg der BI`s im Verbund mit Industrie und Gewerbe. Warten wir die offizielle Information ab.

Allen Anwesenden Abwasserrebelln ein gesundes neues Jahr. Wünschen wir uns für das Jahr 2013 das erforderliche Stehvermögen und die notwendigen Kompetenzen, um unser Ziel, gerechte Abwasserbeiträge, zu erreichen.

Das Jahr 2012 endete mit der letzten Sitzung des ZAW. Eine Sitzung mit klarer Ausrichtung, die Öffentlichkeit weiter zu entscheidenden Fragen unter dem Deckmantel des sogenannten Schutzes Dritter im Unklaren zu belassen.

Als Zuschauer durften wir die Beratung verlassen zum Zeitpunkt der Behandlung des Privatvertrages mit Tönnies. Aber Nichtmitglieder der Verbandsversammlung wie der Herr Günther von den Stadtwerken nebst seiner Abwassersekretärin verblieben im Raum. Karten schieben hinter verschlossenen Türen... Monopoly lässt grüßen.

Auch meine Frage nach der Messung der Schmutzwasserfracht vom einzigen industriellen Direkteinleiter- dem Schlachthof – wurde mit der Begründung des Schutzes dritter Interessen, nämlich derer von Tönnies abgeblockt.

Es liegt die Vermutung nahe, dass eine sehr wesentliche Überschreitung der vereinbarten Abwassermenge von 2.500 m³ / Tag vorliegt und bei Öffentlichwerden von Fakten dieser Firma Nachzahlungen in wesentlichen Umfange gefordert werden müssten.

Nur gut, dass jeder Toilettengang eines Bürgers mit der Wasseruhr abgerechnet wird. Da kann man ja auch zum Ende des Wirtschaftsjahres die Nachzahlung exakt berechnen.

Ich war einmal mehr und muss 10 Cent nachbezahlen.

Das alte Jahr war noch nicht vorbei und der neue Verwaltungsrat der Anstalt öffentlichen Rechts Abwasser traf sich bereits **vor der In-**
Krafttretung der Satzung zum 01.01.2013

sehr bürgernah

zwischen den Feiertagen und

wie **nicht wie bisher üblich im Sitzungssaal** des Rathauses sondern im Klärwerk in Burgwerben.

Der Oberbürgermeister von Weißenfels, das Oberhaupt der AöR, reist lieber nach Burgwerben. Vorher durfte sich die Verbandsversammlung im Rathaus treffen.

Frage: Kann ein Gremium einen Wirtschaftsplan beschließen, wenn es noch keine Befugnis dazu hat ? Ich meine nein!

Unsere Befürchtung, dass die Frage der Öffentlichkeit der Sitzungen nicht eindeutig in der Satzung geklärt ist, welches wir auch dem Minister Aeikens mitteilten, bewahrheitete sich leider in dieser Sitzung.

Öffentlich ja, Bürgerfragestunde nein ! Die Geschäftsordnung der Stadt Weißenfels regelt aber den Ablauf der Sitzungen des Stadtrates, der Ortschaftsräte und nun auch des Verwaltungsrates der AÖR.

Punkt 3 jeder Sitzung ist die Bürgerfragestunde !!!

Da fällt mir auch ein, dass der Herr Risch in der MZ verkündete:“ Der Bürger merkt die Umwandlung zunächst nur an den neuen Briefbögen“
MZ am 19.12.2012

wie wahr

Sollte die Hoffnung des Herrn Richter von der MZ in Erfüllung gehen, dass mit größerer Offenheit und Transparenz an die Lösung der Fragen durch den AÖR der Bevölkerung gegenüber herangegangen wird, das wäre wirklich gut.

Da fällt mir der alte Goethe ein, der im Faust sagte:“Die Botschaft hört ich wohl, allein mir fehlt der Glaube“

Ich bleibe dabei,

die Erweiterung der Kläranlage ist eine Notwendigkeit für den Schlachthof und nicht für die Bevölkerung - deshalb soll die Firma Tönnies mit allen Bruder- und Schwesterfirmen die Erweiterung auch bezahlen.Immerhin soll die neue Flotationsanlage eine Kapazität von 4000 m³ am Tag haben, jetzt werden angeblich 2.500 m³ verarbeitet.

Alle bisherigen Aus- und Erweiterungsbauten sind im Verhältnis 70% der nutznießenden Lebensmittelindustrie und 30% den Bürgern als Beitrag in Rechnung zu stellen.

Ich unterstütze voll den Vorschlag Runder Tisch zur Erarbeitung eines gerechten Herstellungskostenbeitrages nach Vorteilsprinzip.

Für diese Aufgaben wünsche ich uns allen die nötige Kraft.